

232/A(E) XXI.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine Petrovic, Pirkhuber, Freundinnen und Freunde
betreffend Verbot des Ferntransportes von lebenden Tieren

Der Umfang der Tiertransporte innerhalb der EU, die Importe von lebenden Tieren in die EU und die Exporte in Drittländer haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Wie empfindungslose Waren werden jährlich mehrere hundert Millionen Tiere dorthin gebracht, wo ihre Vermarktung die höchsten Gewinne einbringt.

Daher müssen die EU - Tiertransport - Richtlinien - erklärtes Ziel ist der ungehinderte, grenzüberschreitende Handel mit lebenden Tieren - neu beraten werden. Als Vorbild hat das österreichische Tiertransportgesetz - Straße zu dienen, das u.a. vorsieht, dass der Transport von Tieren auf der kürzesten verkehrsüblichen Route durchzuführen ist.

KonsumentInnen und SteuerzahlerInnen dulden nicht, dass die Ausfuhr von Schlachttieren und die damit verbundenen schweren Leiden der Tiere mit Steuergeldern subventioniert werden. Wenn die EU - Export - Prämie fallen würde, würden sich auch diese Transporte nicht mehr lohnen.

Infolge der Konzentration der Tierhaltung in bestimmten Regionen Europas und der finanziellen Förderung zentraler Schlachthöfe haben die Tiertransporte innerhalb der EU und aus Osteuropa zum Zwecke der Mast und Schlachtung gewaltig zugenommen. So werden jedes Jahr fast 300 Millionen Geflügeltiere, fast 7 Millionen Schweine, über 3 Millionen Rinder und über 2 Millionen Schafe zwischen den EU - Mitgliedsländern hin - und hergefahren.

Dazu kommt, dass sämtliche gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Tiere missachtet werden, vor allem hinsichtlich der Versorgung der Tiere, der Ruhepausen, der Ausstattung der Transportmittel (LKW, Schiffe) und der tierärztlichen Kontrollen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die 1995 verabschiedete EU - Tiertransport - Richtlinie und die nachfolgenden Ergänzungen (Ausstattung der Versorgungsstationen, der Kraftfahrzeuge, Kontrollen in Drittländern) die Tiere nicht effektiv schützen, sondern bestenfalls einen reibungslosen Handel mit lebenden Tieren garantieren.

Der Schutz von Tieren besitzt in der Europäischen Union noch keinen entsprechenden Eigenwert. Die Regelungen, die im Titel das Wort „Tierschutz“ führen, sind in Wahrheit Regelungen zum Schutz der Gemeinsamen Agrarpolitik oder wettbewerbsrechtlicher Harmonisierung. Den Tieren ist dem Amsterdamer Protokoll folgend der Status empfindsamer Lebewesen einzuräumen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die österreichische Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft werden ersucht, sich im Rahmen der Mitgestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Europäischen Union für folgende Maßnahmen einzusetzen:

1. für eine sofortige und endgültige Streichung der Exporterstattung für die Ausfuhr von lebenden Schlachttieren in Drittstaaten
2. für eine deutliche Verringerung und schrittweise Abschaffung des Ferntransportes von Tieren
3. für einen flächendeckenden Wiederaufbau von regionalen Schlachthöfen
4. für den Aufbau einer Infrastruktur für den Export von Fleisch anstatt von Schlachttieren
4. für eine Verankerung des Status der Tiere in den EU - Verträgen als empfindsame Lebewesen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuß für Land - und Forstwirtschaft vorgeschlagen.